

Calmer Tagblatt

Nr. 303 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang.

Veröffentlichungsort: Calw, wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 28 Pf. —
 mit dem 1. Hefenpreis 80 Pf. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % —
 Nr. 303 Freitag, den 29. Dezember 1922. Verkaufspreis: In der Stadt mit Frachtpost 25 Pf. — monatlich 75 Pf. —
 Preis 25 Pf. — mit Frachtpost. — Einzug der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Neueste Nachrichten.

Von amtlicher deutscher Seite wird zu der von der Reparationskommission gemachten Feststellung einer „Verletzung“ Deutschlands hinsichtlich der Holzablieferungen erklärt, daß die deutsche Regierung schon seit Beginn des Jahres Maßnahmen zur Beseitigung getroffen habe, obwohl keine klaren Anforderungen der Alliierten vorlagen. Die deutsche Regierung habe im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit alle Anstrengungen gemacht, ihren Verpflichtungen nachzukommen, so daß die Verletzungen nicht als vorsätzlich angesehen werden können. Schuld an der Verzögerung sei namentlich die Geldentwertung, durch die die Lieferanten nicht mehr in der Lage waren, zu den abgemachten Preisen zu liefern. Von englischer Seite wird übrigens mitgeteilt, daß die Feststellung der „Verletzungen“ nur einen formalen Charakter trage, daß also daraus nicht die Berechtigung sofortiger Zwangsmassnahmen hergeleitet werden könne, sondern lediglich der Anspruch auf Nachzahlung.

Das Reparationsproblem ist übrigens immer noch Gegenstand ernster Auseinandersetzungen der Alliierten. Während Poincaré unentwegt auf der Befestigung des Ruhrgebiets besteht, scheinen die Engländer immer noch gegen Gewaltmaßnahmen zu sein. Wie der englische Vertreter in der Reparationskommission erklärt, sei England für eine Herabsetzung der deutschen Schuld, dann aber auch für Strafmaßnahmen im Falle der Nichterfüllung der Zahlungsfristen. Der englische Schatzkanzler hat zudem der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Amerika sich an der Regelung der Reparationsfrage beteilige.

Die Orientkonferenz scheint wieder an einem sehr kritischen Punkt angekommen zu sein. Die Türkei wehren sich mit Recht gegen die Zumutung der Gewährung von Vorurteilen an Ausländer, die mit der Souveränität eines selbständigen Staates unvereinbar sind. Die Alliierten wollen daher wieder das übliche Mittel des militärischen Drucks anwenden.

Die Rechte Deutschlands im Versailler Vertrag.

Eine halbamtliche deutsche Erwiderung auf Poincaré's letzte Drohnote.

Berlin, 23. Dezbr. Zu der Rede des Ministerpräsidenten Poincaré im französischen Senat vom 21. d. M. bemerkt WTB.: Poincaré sagt, daß jedes Zurückbleiben Deutschlands hinter dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatums ein Moratorium bedeute, und daß der Versailler Vertrag im Falle eines solchen Zurückbleibens Frankreich das Recht gebe, sich Sicherheit und Pfänder zu verschaffen. Poincaré geht damit auf die vertragsmäßige Grundlage der Reparationspolitik zurück. Uns kann nichts erwünschter sein, als ihm auf diesem Wege zu folgen. Denn es ist leicht, zu zeigen, daß die von ihm aus dem Versailler Vertrag gezogenen Folgerungen nicht haltbar sind. In erster Linie muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Versailler Vertrag nicht nur die Verpflichtung Deutschlands zur Zahlung von Reparationen begründet, sondern zugleich in unabweisbarer Weise das Prinzip festlegt, daß die Zahlungspflicht ihre Grenze jeweils an der Leistungsfähigkeit und an den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands finden soll. Die Reparationskommission ist nach dem Vertrage (Art. 234) verpflichtet, periodisch unter Anhörung deutscher Vertreter die Mittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und erst danach die Zahlungsfristen zu bestimmen. Auch sollen (nach Art. 251) die Ausgaben für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen sowie allgemein die für die Erhaltung der Reparationsfähigkeit Deutschlands notwendigen Ausgaben den Vorrang vor allen finanziellen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage haben. Das Ultimatum der Alliierten vom 16. Juni 1919 stellt ausdrücklich fest, daß die Bestimmung über die Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit lediglich im Interesse Deutschlands vorgesehen ist und allein den Zweck hat, jede Ueberschreitung seiner Leistungsfähigkeit zu verhindern. Darüber, daß die Erfüllung des Londoner Zahlungsplanes die gegebenen Möglichkeiten übersteigt, ist sich alle Welt einig. Wenn die deutsche Regierung also eine Aenderung dieses Planes beantragt und Vorschläge für eine anderweitige, den deutschen Fähigkeiten tatsächliche entsprechende Regelung macht, so erbittet sie damit nicht eine besondere Bergünstigung, deren Gewährung von den Alliierten an beliebige Bedingungen geknüpft werden könnte, sondern sie macht von einem im Vertrage ausdrücklich vorgesehenen Rechte Gebrauch. Poincaré spricht aber nicht einmal davon, daß die

Zum Jahresschluß

muß die Bestellung auf das „Calwer Tagblatt“ wieder erneuert werden.

Auch im letzten Jahre hat sich das „Calwer Tagblatt“ trotz der schwersten wirtschaftlichen Hemmungen, unter denen heute die unabhängige Presse zu leiden hat, stets bemüht, seine Aufgaben gegenüber dem Leserkreise, gegenüber der Allgemeinheit zu erfüllen, treu seinem neutralen Charakter als Bezirks- u. Amtsblatt, das Vorgesetzter aller Stände u. Parteien hat, treu vor allem aber auch seinem nationalen Charakter, der neben der systematischen Aufklärung unseres Volkes über die Absichten unserer Feinde u. Unterdrücker unentwegtes u. unerachrodenes Eintreten für eine Aussöhnung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und damit auch politischen Gegensätze im Interesse einer sicheren Stofkraft nach außen verlangt.

Von unserer außenpolitischen Einstellung hängt heute unsere Existenz ab. Deshalb hat es sich die Schriftleitung stets angelegen sein lassen, die Leser über alle außenpolitischen Ereignisse und Stimmungen in einer Weise zu unterrichten, wie es zuverlässiger auch keine große Zeitung zu bieten vermag. Dabei wurde die Kennzeichnung der jeweiligen innerpolitischen Situation, wie die Unterordnung über sämtliche andern wissenswerten Gebiete keineswegs vernachlässigt.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Pflege des wirtschaftlichen und lokalen Teils gewidmet. Zuverlässige Berichterstattung über alle wichtigen Erscheinungen gewährt Einblick über die Entwicklung unseres Bezirks. Auch der unterhaltende Teil ist in weitgehendem Maße ausgebaut worden; unsere Sonntagsbeilage enthält nur gute literarische Beiträge von gesunder und sittlich ernster Tendenz.

Daß das „Calwer Tagblatt“ diese außerordentliche Ausstattung seines Inhalts angesichts der fast erdrückenden Notlage der Presse nur bei einer entsprechenden Unterstützung seitens des Leserkreises weiterführen kann, dürfte jedermann klar sein, und es kommt daher auf das Solidaritätsgesühl der Bezirksbevölkerung an, ob und in welcher Form das „Calwer Tagblatt“ auch weiterhin die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Bezirks zu vertreten in der Lage ist.

Mit besten Wünschen an unsere Leser verbinden wir den allgemeinen, von unerschütterlichem Glauben getragenen Wunsch, daß das neue Jahr uns auf dem dormentreichen Wege zum Wiederaufstieg ein möglichst großes Stück vorwärts bringen möchte.

Verlag u. Schriftleitung des „Calwer Tagblatt“.

Aenderung des bisherigen Zahlungsplanes von Bedingungen abhängig gemacht werden könne. Er geht viel weiter und behauptet, daß Frankreich nach dem Vertrage durch die bloße Tatsache der Nichtzahlung ohne weiteres in die Lage versetzt werde, sich deutsche Pfänder zu nehmen. Er meint, daß der Artikel 248 des Versailler Vertrages den Gläubigern Deutschlands die Befugnis gebe, im Falle der Nichtzahlung unmittelbar ihren Zugriff auf das deutsche Staatsvermögen zu nehmen. Der Artikel sagt, und zwar nach der französischen Fassung, die nach Meinung Poincaré's seiner These günstiger ist als die

englische, daß für die deutschen Reparationsverpflichtungen ein Privileg, ein Vorrecht ersten Ranges auf das deutsche Staatsvermögen bestehen soll. Das bedeutet, daß die Alliierten ein Recht auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Vermögen des Reichs und der Länder haben sollen, daß sie also verlangen können, daß bei Nichterfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen das dem Vorrecht unterliegende Vermögen mit Vorzug vor anderen Gläubigern zur Befriedigung ihrer Forderungen zu verwenden ist. In welcher Weise jedoch eintretendenfalls diese Verwendung zu erfolgen hätte — und das ist hier der ausschlaggebende Punkt — darüber sagt der Vertrag nichts. Rechtlich haben die Alliierten keinen Einfluß auf die Entscheidung über den Weg der Verwendung. Noch weniger haben sie die Möglichkeit, diese Verwendung ihrerseits einseitig dadurch herbeizuführen, daß sie unter Verletzung der deutschen Souveränität in der einen oder anderen Form ihren Zugriff auf das Staatsvermögen nehmen. Der Artikel 248 hat also keinen anderen Inhalt, als daß er eine Rangordnung der verschiedenen deutschen Gläubiger festsetzt. Er enthält aber nichts von einem Recht auf Zwangsvollstreckung. Auch diese Auffassung findet ihre Bestätigung — wenn es deren angeht des klaren Wortlautes des Vertrages noch bedürfte, in dem Ultimatum der Alliierten vom Juni 1919. Dort wird bei der Erörterung des Artikels ausdrücklich von einer vorzugsweisen Befriedigung der Reparationsschuld gesprochen. Es wird aus dem Artikel für die Alliierten lediglich das Recht gefolgert, ihre Bezahlung mit Vorrecht (par priorité) vor der Regelung aller anderen Schulden des Reichs oder der deutschen Länder zu erhalten. Selbst wenn also, was angesichts der deutschen Finanzlage nicht der Fall ist — eine Verletzung der deutschen Zahlungspflicht vorläge, würde sich daraus zu Gunsten der Pfänderpolitik Poincaré's doch keine Rechtsgrundlage ergeben. Eine Verwirklichung der Pfänderpolitik wäre vielmehr Vertragsbruch und Gewalt.

Es ist in diesem Zusammenhang aber noch auf einen anderen Punkt hinzuweisen. Poincaré stellt offen in Aussicht, daß Frankreich die Pfänder gegebenenfalls auch ohne Mitwirkung und Einwilligung der anderen Alliierten in Besitz nehmen werde. Wenn er das auch durch den Zusatz zu mildern sucht, daß Frankreich in einem solchen Falle für gemeinsame Rechnung aller Alliierten handeln werde, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß Frankreich gegebenenfalls aus eigener Initiative und allein gegen Deutschland vorgehen will. Demgegenüber ist zu betonen, daß ein einseitiges Vorgehen Frankreichs in der Reparationsfrage schon als solches einen Vertragsbruch bedeuten würde. Welches auch die Rechte sind, die der Versailler Vertrag zur Durchführung der Reparation gegenüber Deutschland gibt, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß diese Rechte niemals von einer einzelnen der an der Reparation beteiligten Mächte geltend gemacht werden können. Die Durchführung der Reparation ist ausschließlich in die Hände der Reparationskommission gelegt. Keine der alliierten Mächte kann Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland erheben; sie haben sich vielmehr zu diesem Zweck an die Reparationskommission zu wenden. Ebenso wenig wie aber die einzelne Macht unmittelbar Reparationsansprüche erheben kann, kann sie für sich allein auch Zwangsmassnahmen zur Durchführung dieser Ansprüche ergreifen. Sonst würde sich die widersinnige Folge ergeben, daß ein Staat Ansprüche betreiben oder durch Pfand sichern könnte, die ihm garnicht zustehen. Das gilt auch für die Handhabung des Art. 248, der als allein zuständige Instanz ausdrücklich die Reparationskommission bezeichnet.

Zur Reparationsfrage.

Die neuen deutschen Vorschläge fertiggestellt. Berlin, 29. Dezbr. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge sind die Beratungen über die deutschen Vorschläge im Reichskabinett soweit gefördert, daß ihre endgültige Formulierung unmittelbar bevorsteht.

Die englische Auffassung.

London, 28. Dezbr. Wie der politische Korrespondent der „Daily Mail“ erfährt, hat Brabury, der nach der Dienstreise der Reparationskommission nach London abgereist war, gestern eine Besprechung mit Bonar Law gehabt. Es sei dazu festzustellen, daß der Besuch Braburys in London bereits einige Zeit vor der Sitzung der Reparationskommission verabredet worden war. Brabury werde Ende dieser Woche nach Paris zurückkehren. Auch Bonar Law werde am kommenden Montag nach Paris reisen, um an der Konferenz der Premierminister teilzunehmen. Es sei noch nicht bestimmt, wer Bonar Law begleiten werde. Ende die-

rum häufige Nie-
 e, mehrmals auch
 27. und 28.), nach
 in den hochgelegte-
 (warzwald) eine
 stoß des Winters
 lbesten Gegenden
 insolge unvermit-
 die höchst gelege-
 rühzeitig in den
 den weitaus klei-
 machen, haben sich
 einen gesunden,
 nten insolge der
 schlafen und an-
 er kaum erst zum
 ersaat bestimmte
 nten insolge der
 der und wegen
 Dezember über-
 t damit zu rech-
 worangeschrit-
 Masse im Boden,
 en kann und daß
 die Ausfaat mit

mann Calw,
 derel Calw

Dezember 1922

Feier

in Calw

n.

v.

ichenbach.

CD=

re

preis:

390000 Mk.

330 000 „

350 000 „

200 000 „

180 000 „

140 000 „

80 000 „

100 000 „

er lieferbar.

en.

Calw,

sprecher 57.

igerung.

haber verkaufe

Freitag mit tag

Hoje des Ver-

ants Calw gegen

argung:

andigen zerlegt,

nerfall,

10 Pf. m

gtgeflecht

umt Pfosten und

le 7 bereits leg-

ha-Hühner.

n habe ich noch

es Quantum

Mais

Berm.-Schr.,

Calw.

i-Mantel,

riedensqualität,

rkau'en

Bayhofstraße

, Laden.

e einige

n-Säffer

ata, Hirsau.

Der Woche werde noch eine Kabinets-Tagung stattfinden, die die britische Politik festlegen sollte. Wenn die Atmosphäre günstig sein sollte, werde Bonar Law in der Lage sein, den britischen Plan für die Verhandlungen mit Deutschland vorzulegen. Unter der Voraussetzung der Gesamtschuld der deutschen Reparation, die auf einen Betrag herabgesetzt werde, den Deutschland zahlen könne, werde die britische Regierung ohne Zweifel bereit sein, in vollem Einverständnis mit den Alliierten Deutschland Strafmaßnahmen für die Nichtzahlung aufzuerlegen und an der Ausführung dieser Maßnahmen sich selbst zu beteiligen. — Daß sich England dem französischen Wunsch nach Zwangsmaßnahmen fügen würde, war vorauszusehen.

England gegen Sanktionen?

London, 28. Dezbr. Die „Times“ führen in einem Leitartikel über die britische Auffassung bezüglich der Reparationen aus, daß die Entscheidung der Reparationskommission über den Verzug Deutschlands bezüglich seiner Holzlieferungen für 1922 an sich von geringer Bedeutung wäre, wenn nicht in Paris diese Entscheidung anscheinend als eine grundsätzliche Erklärung angesehen werde, um einen günstigen Einfluß auf die bevorstehende Konferenz der Premierminister auszuüben. Anscheinend beabsichtige also die französische Regierung, die Entscheidung der Reparationskommission in einer verhältnismäßig unwichtigen Frage für die bevorstehende Konferenz zu benutzen. Die britische öffentliche Meinung sei jedoch nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkte der Anwendung von Sanktionen und Garantien zu betrachten. Die interalliierte Konferenz könne tatsächlich nur erfolgreich sein, wenn die Frage von Sanktionen und Garantien für den Augenblick in den Hintergrund gestellt würde. Die deutsche Regierung und die deutschen Industriellen müßten in diese Lage verfeßt werden, in der sie jeden Ansporn haben würden, sich ernstlich für einen langen Zeitraum dem Werke der Stabilisierung der Mark zu widmen. Da sie in ihren augenblicklichen ungeordneten Zuständen keine regelmäßigen Reparationszahlungen leisten könnten, müßte ihnen ein Moratorium gewährt werden. Während der Zeit des Moratoriums müßten die deutschen Finanzen der Überwachung durch die Alliierten unterworfen werden, jedoch im Falle einer vorläufigen Verfeßung der Deutschen die Bedingungen durchgeführt und das Moratorium aufgehoben werden würden. Dies würde sicher Ansporn genug für Deutschland sein, sich mit jener Reformarbeit zu befassen, die vorzunehmen endlich geneigt schienen. In Frankreich dürften keinerlei Illusionen bezüglich der britischen öffentlichen Meinung bestehen. England sei vollkommen für eine vernünftige und wirtschaftliche Lösung des Reparationsproblems. Es gebe aber keinen Teil der öffentlichen Meinung, der zustimmen würde, daß die britische Regierung im augenblicklichen Stadium Zwangsmaßnahmen unterstülze, die nur jede Hoffnung auf eine allgemeine Lösung zum Scheitern bringen könnten.

Eine Rundgebung der Stadt Mainz gegen die französischen Raubgelüste.

Mainz, 28. Dezbr. Die heutige Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer letzten diesjährigen Sitzung folgende Erklärung an: die Provinzialhauptstadt Rheinhesens steht voll und ganz auf dem Boden der Rundgebung der Provinz vom 9. Dezember 1922. Ihre Bevölkerung weist energisch alle Pläne und Bestrebungen zurück, die auf eine Abtrennung von der hessischen Heimat und dem deutschen Vaterlande hingen. Als deutsche Stadt am Rhein steht sie treu und unentwegt zum Deutschen Reich. Sein Schicksal ist auch das ihrige!

Die Reparations- und Abrüstungsfrage im amerikanischen Senat.

Washington, 28. Dezbr. Im Senat richtete Lodge, der erklärte, in Übereinstimmung mit der Ansicht des Präsidenten Harding zu handeln, einen Antrag gegen die bekannten Resolutionen des Senators Borah. Er zählte noch einmal die Schwierigkeiten auf, denen die Washingtoner Konferenz begegnet sei, als die Einschränkung der Rüstungen erörtert wurde, und führte aus, daß es angesichts der Haltung der Mächte zweifellos sei, die Einschränkung der Rüstungen zu versuchen, wenn nicht zuvor festgestellt worden sei, daß Frankreich seine Haltung geändert habe. Er hoffe und erwarte, daß Frankreich und Italien, die allein von den Teilnehmern an der Washingtoner Konferenz es unterlassen hätten, das Abkommen zu ratifizieren, dies baldigst tun würden. Lodge schlug vor, daß die Vereinigten Staaten mehr leichte Kreuzer, Flugzeugmuttergeschiffe und Flugzeuge bauen sollten und fügte hinzu, die Frage der auswärtigen Schulden sollte von der Erörterung auf den Konferenzen ausgeschlossen und von den Vereinigten Staaten allein geregelt werden. Die Vereinigten Staaten wünschten mit den Schuldnerationen ehrlich und gerecht zu verfahren; aber er selbst würde es nicht für richtig halten, wenn die Schuldenfrage von anderen Mächten geregelt werde. Lodge äußerte weiter, die Vorschläge Borahs würden dazu führen, daß die Vereinigten Staaten sich an der Reparationsdebatte beteiligen müßten, während die Vereinigten Staaten überhaupt keine Reparationen beanspruchten. Auf der Washingtoner Konferenz habe England erfreulicherweise die Abschaffung der U-Boote vorgeschlagen. Die Mächte hätten sich dem aber widersetzt. Borah, der an der Debatte beteiligt war, wiederholte seine Voraussage, daß es binnen einem Jahr einen neuen Krieg geben werde. — Die Amerikaner müssen es ja wissen.

Die Konferenz in Lausanne.

Am die Fremdenvorzugsrechte in der Türkei.

Lausanne, 28. Dezbr. Die gestern von den Alliierten einberufene Sitzung des zweiten Ausschusses über die Kapitulationsfrage fand heute vormittag statt, führte aber zu keinem Er-

gebnis. Nachdem der zweite türkische Delegierte, Sir Horace Rumbold, über die Gegenstände in der juristischen Unterkommission ausführlich Bericht erstattet hatte, legten der Präsident des Unterausschusses Garoni-Italien und die Vertreter der alliierten Staaten, Barrère, Bompard, Anaschi, Curzon und auch der amerikanischen Vertreter Child ausführlich den Standpunkt der alliierten Mächte dar, indem sie alle auf die Notwendigkeit hinwiesen, daß die Kapitulationen unbedingt durch ein neues Fremdenstatut ersetzt werden müssen. Ismed Pascha, der zweimal im Laufe der Sitzung das Wort ergriff, erklärte zunächst, daß die alliierten Vorschläge unvereinbar seien mit der türkischen Souveränität und daß die türkische Rechtsprechung hinreichende Garantien biete. Nachdem Lord Curzon die türkische These sehr lebhaft kritisiert und nachdrücklich der Hoffnung Ausdruck verliehen hatte, daß die Türken den Darlegungen der Alliierten Rechnung tragen würden, erklärte Ismed Pascha, daß er in einer nächsten Sitzung antworten würde. Viel bemerkt wurde das Eingreifen des amerikanischen Vertreters Child, der hervorhob, daß die vertragsmäßigen Verpflichtungen der Türkei nicht einseitig und nicht ohne eine Einigung mit den Alliierten gelöst werden können und daß der Schutz, den die Ausländer und auch die Amerikaner bisher genossen haben, ihnen nicht entzogen werden dürfe. Am Schluß der Sitzung stellte Garoni nochmals die Gegenstände zwischen der alliierten und der türkischen Auffassung fest.

Druck der Alliierten auf die Türken.

London, 28. Dezbr. Einer Reuter-Nachricht aus Lausanne zufolge besteht die ernstliche Gefahr, daß die Konferenz scheitert, wenn die Türken weiter bei ihrer augenblicklichen Methode beharren. Die Häupter der alliierten Kommissionen werden wahrscheinlich in einigen Tagen in der Lage sein, den Türken ihre Beschlüsse vorzulegen, und diese werden dann der entscheidenden Frage gegenüberstehen, sie entweder endgültig anzunehmen oder abzulehnen. Es sei klar, daß der augenblickliche Zustand nicht länger fort dauern dürfe.

Zusammenziehung der englischen Flotte bei den Meerengen.

London, 28. Dezbr. Reuter meldet aus Malta: Infolge der ungünstigen Nachrichten aus Lausanne verläutet, daß die britische Mittelmeerflotte Befehl erhielt, wieder nach dem Orient zurückzukehren. Amtlich ist hierüber nichts zu erfahren. Es heißt aber, alle verfügbaren Schiffe würden heute Mittag in See gehen.

Bermischtes.

Die französische Rheinlandpropaganda.

Christiania, 28. Dezbr. Zu einem Telegramm der Agence Havas über eine angeblich von „Rheinländischen Republikanern“ in Bonn angenommene Entschließung, in der „gegen den Vertrag von 1815 protestiert und der unerschütterliche Wille betundet wird, sich vom preußischen Joch zu befreien.“ schreibt „Morgenblatt“: Dieses Propaganda-Telegramm zeigt unverkennbar die Art der Bewegung, deren Ziel es ist, die Rheinlande von Deutschland zu trennen. Es wirkt ungemein komisch, wenn gegen den Vertrag von 1815, der die Rheinprovinz nach der 1801 erfolgten Eroberung durch Frankreich wieder mit Deutschland vereinigte, und gegen das „preußische Joch“ protestiert wird. Charakteristisch ist auch, daß gerade Herr Josef Smeets „die Alliierten nicht zu widersprechen.“ Eine solche Forderung stellt nur ein engbegrenzter Kreis, der gänzlich unter französischem Einfluß steht. Was Herrn Smeets selbst betrifft, so ist er ein notorischer Landesverräter, den nur die gepanzerte Faust der französischen Besatzungstruppen vor einer längeren Gefängnisstrafe hat retten können. Man geht auch kaum fehl, in der Annahme, daß die 1500 „Delegierten der republikanischen Partei in den Rheinlanden“ auf Befehl derer zusammengetrommelt worden sind, die ein Interesse daran haben, die Welt glauben zu machen, daß sich die Rheinlande danach sehnen, vom Deutschen Reich loszulommen. Wo eine solche Sehnsucht wirklich vorhanden ist, ist sie sicher wesentlich auf Beeinflussung von außen zurückzuführen.

Schiffsunglück.

London, 27. Dezbr. Das Sturmwetter, das über die Weihnachtstage im Atlantischen Ozean, in der Nordsee und im Kanal herrschte, fügte den in See befindlichen Schiffen erheblichen Schaden zu. Man fürchtet, daß mehrere Schiffe untergegangen sind, darunter die „Maids of Delos“, die anscheinend mit der ganzen Besatzung von 26 Mann an der Küste von Wales gesunken ist.

Ein deutscher Bergungsdampfer untergegangen.

Berlin, 27. Dezbr. Nach einer Meldung der „B. Z.“ am Mittag aus Kiel ist der zum Kommando der Torpedoschule in Mirwid gehörende Bergungsdampfer „Antax“ seit dem 20. Dezbr. vermisst. Er ist vermutlich untergegangen. An Bord befanden sich zwei Unteroffiziere und zehn Mann. Die Leiche eines Matrosen und Wrackteile des Dampfers sind inzwischen an der dänischen Küste angetrieben.

Deutschland.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Berlin, 29. Dezbr. Die von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften angeregte Besprechung fand gestern Nachmittag beim Reichskanzler statt. Einleitend betonte der Reichskanzler, daß es die Regierung als ihre Pflicht betrachte, mit allen Parteien und Klassen an der Lösung der schwebenden Fragen zusammenzuarbeiten und daß es der Mangel an Zeit bisher nicht zu einer Besprechung mit den Gewerkschaften kommen ließ. — Die Spitzenorganisationen hatten ihre Wünsche vorher schriftlich unterbreitet. Sie betrafen u. a. zunächst den zu erwartenden neuen Brotpreis und die Frage, wie dessen Erhöhung der wertaktiven Bevölkerung erträglich gemacht werden könne. Der Reichsernährungsminister erklärte dazu, daß bereits Vorbereitungen auf dem Gebiete des Lohn- und Gehaltswesens getroffen seien und daß sofort nach Feststellung des Ausgabepreises der Reichs-

getreibeinstelle neuerlich Fassung mit den beteiligten Ressorts im Reich und in den Ländern und mit den wirtschaftlichen Organisationen genommen werde. — Bei der Aussprache über das Reichseinkommensteuergesetz der Lohn- und Gehaltsempfänger und auf die Unbilligkeit hingewiesen, die sich als Folge der Verwerfung aus der verspäteten Steuerzahlung anderer ergebe. Der Reichskanzler verwies auf den dem Reichsrat zur Abstellung dieser Mißstände vorliegenden Gesetzentwurf und auf die Bemühungen der Reichsregierung zur scharfen Erfassung und schnellen Erhebung der Steuern. — Zur Frage einer Wohnungsfrage wurde darauf hingewiesen, daß eine sehr wesentlich gesteigerte Wohnungsbaubausgabe verbunden sein müsse mit weitgehender Einwirkung auf die Preise aller Baustoffe, insbesondere auf die Preise für Holz, und daß eine weitere Voraussetzung die Beibehaltung der jetzigen Wohnungsgeheimgebung sei. Die Erörterungen hierüber werden mit den zuständigen Ressorts fortgeführt werden. — Des weiteren wurde über die Preisgestaltung und die Möglichkeit der Verhinderung der übermäßigen Verteuerung der Waren gesprochen. Die hierüber und zu den anderen erörterten Fragen gegebenen Anregungen sollen von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache über innerwirtschaftliche Maßnahmen erklärte der Reichskanzler, daß nach dem Willen der Regierung zur Tragung der unabwendbaren Lasten alle Kreise unseres Volkes nach Maßgabe ihres Könnens heranzuziehen seien.

Die Beamtenorganisationen

für Revidierung der Dezemberbezüge.

Berlin, 29. Dezbr. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und der Gemeinden haben gestern, wie die Blätter berichten, beschlossen, die Reichsregierung um unverzüglich neue Verhandlungen über die Dezemberbezüge zu ersuchen. In der Eingabe wird auf die Erregung hingewiesen, die durch die Weigerung der Regierung, die Dezemberbezüge zu revidieren, entstanden sei. Falls die Regierung ihre Haltung nicht aufgeben, lehnten die Gewerkschaften die Verantwortung für die Folgen ab.

Sprengung einer Geheimorganisation in Altona.

Altona, 23. Dezbr. Der Polizeichef teilt mit: Am 18. Dezbr. abends wurde, wie bereits kurz gemeldet, in einem Fabriklokal des Stadtteils Ottensen eine Versammlung von 23 Teilnehmern aufgelöst. Leiter der Versammlung war der Fabrikbesitzer Nidel, der auch seine Kontorräume seit Monaten für diese geheimen Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt hat. Die Teilnehmer, fast durchweg ehemalige Offiziere, dem Berufe nach Kaufleute, Bankbeamte, Studenten, ein Lehrer, ein Oberpostsekretär, gehören zweifellos einer Verbindung an, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden sollten. Da umfangreiches Besatzungsmaterial, wie Schriftstücke über die Geheimhaltung der Organisation und deren Ausrüstungsmaterial, wie ein Klappenstrahl, zwölf Feldtelefone, Armeelabel, Zülfeldmesser, Infanteriepatronen und Pistolen, vorgefunden wurden, wurden sämtliche angetroffenen Personen vorläufig festgenommen, dem Polizeigeheimnis zugeführt und nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen teils dem Gericht vorgeführt, teils wieder auf freien Fuß gesetzt. Teil der in Hamburg wohnhaften Mitbeschuldigten wurden insgesamt 17 Gewehre, zwei Handgranaten und weitere Beweismittel vorgefunden. Wegen Verheimlichung bzw. Weiterverbreitung von 150 weiteren Gewehren werden sich die Teilnehmer außerdem noch zu verantworten haben. Das gesamte Material wird der Staatsanwaltschaft, voraussichtlich jedoch dem Oberreichsanwalt in Leipzig überwiesen werden, da bereits seit einem halben Jahr gegen Nidel und Genossen ein Strafverfahren wegen Geheimbündelei bei dem Staatsgerichtshof in Leipzig schwebt.

Streik der thüringischen Gemeindearbeiter.

Berlin, 29. Dezbr. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Jena gemeldet, daß der Streik der thüringischen Gemeindearbeiter sich bis jetzt auf 12 Städte erstreckt, in denen sich besonders Wasser- und Gasmangel bemerkbar machte. Heute Mittag soll im Reichsarbeitsministerium die Herbeiführung einer Einigung versucht werden.

Große Weihnachtsspenden.

Berlin, 23. Dezbr. Die Weihnachtssammlung der Newyorker Staatszeitung und der mit ihr verbundenen Blätter hat bisher 36 000 Dollar oder rund 280 Millionen Mark erbracht, die dem Reichspräsidenten zur Verteilung übergeben worden sind. Im Benehmen mit dem Reichsarbeitsminister hat der Reichspräsident diese Summe auf die verschiedenen großen, das Reichsgebiet umfassenden Zentralorganisationen der freien Wohlfahrtspflege, die Hilfsstellen der freien geistigen Berufe, die Deutsche Notgemeinschaft, die Jugendfürsorge, die Altershilfe, die Wirtschaftshilfe der Studentenschaft und die Studentenfürsorge, die verschiedenen großen Hilfsbünde, die Blindenfürsorge, einzelne Kinder-, Säuglings- und Lungenheilstätten und Krankenhäuser und andere Wohlfahrtseinrichtungen verteilt. Der Newyorker Staatszeitung und den Spendern hat der Reichspräsident namens des Deutschen Volkes den herzlichsten Dank für diese Bekundung menschenfreundlicher Gesinnung übermittelt. Außer dieser großen Summe sind aus Anlaß des Weihnachtssfestes dem Reichspräsidenten von der Generaldirektion der van der Bergh-Werke 7 Millionen Mark, von der kaufmännischen Vereinigung 1918 Berlin und einem ukrainischen Flüchtling je 1 Million, von einem anderen Flüchtling aus der Ukraine eine halbe Million zu wohltätigen Zwecken zur Verfügung gestellt worden; diese Summen haben teils zur unmittelbaren Linderung von Notständen, teils zur Verteilung an die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft und die Wohlfahrtsorganisationen Verwendung gefunden. Unmittelbar vor Weihnachten ist dem Reichspräsidenten noch ein weiterer Betrag von 9000 Dollar als Schlußrate der Weihnachtssammlung der Newyorker Staatszeitung übermittelt worden, der nach Weihnachten zur Verteilung gelangen wird.

Die
stele d
tragen

*
Reichs
Ding
Nebner
zirk
abge
schaft
ein sch
gen an
vieler
dauern
tel. W
überf
Sorge
Ernte
der dur
beim
komme
und na
die Br
wirtsch
aber un
einmal
der M
sich die
daß m
verfitt
duktion
pen ü
Rentat
nen, jo
dann u
breitet
duktion
und Z
jezt 2
ständn
Häufle
hund K
wirtsch
worden
der N
lich der
im leg
sprechen
Produ
einem
worden
hoch se
sondern
wir in
die Pr
wie sie
piergel
wie ar
stellen.
Reichs
viel de
wir der
geführt

31)

„M
zornig
ausrie
lich M
und ih
Er sah
und n
mit en
ruhte
gewen
nen.
schließ
Sie
„E
ohne d
„W
sagte
knaden
Da
er fort
wenn
„Ne
wollte
„Ja
welder
„W
dem T
suchte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Dezember 1922.

Dienstnachricht.

Die Oberpostdirektion hat eine Postbetriebsassistentenstelle der Postanwärterin Luise Schöttle in Calw übertragen.

Verammlung des Bauernbunds.

* Am Johannesfeiertag sprachen im Dreißigen Saale der Reichstagsabgeordnete Körner und der Landtagsabgeordnete Dingler über Reichs- und Landespolitik. Nach Begrüßung der Redner und der Versammlung durch den Vorsitzenden des Bezirksvereins Calw, Gutsbesitzer Dettlinger, gab Reichstagsabgeordneter Körner zuerst einen Überblick über die landwirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Jahres. Das Jahr 1922 sei ein schweres Jahr für die Landwirtschaft gewesen, voll Hoffnungen anfangs und voll Enttäuschungen am Ende. Im Frühjahr vielversprechend, im Frühsommer noch hoffnungsvoll, habe der dauernde Regen einen großen Teil der guten Aussaaten vernichtet. Wenn viele Leute heute der Landwirtschaft neidisch gegenüberstehen, so sei daran zu erinnern, wie viel Arbeit, Mühe und Sorge der Landwirt habe, an die man nicht denke. Die schlechte Ernte werde sich erst recht im Laufe des Winters zeigen, wenn der durch die Feuchtigkeit verursachte geringe Futterwert im Stall, beim Vieh und namentlich bei der Milchwirtschaft zum Ausdruck komme. Im Krieg sei die Milchwirtschaft kaputt gemacht worden, und nach dem Krieg habe die Fortführung der Zwangswirtschaft die Produktion gehemmt. Nach und nach habe man der landwirtschaftlichen Produktion etwas Verständnis entgegengebracht; aber nun, nachdem die Jügel gelockert seien, könne man nicht auf einmal alles wieder gut machen, was verderbt worden sei. Trotz der Angleichung der Preise werde es lange Jahre dauern, bis sich die Milchwirtschaft wieder erholt habe. Heute sei es noch so, daß man knapp bestehen könne, wenn man eigene Erzeugnisse vermarkte, wenn man aber Kraftfuttermittel brauche, sei die Produktion mit Verlusten verbunden. Erstens sei, daß das Schimpfen über die Bauern etwas abgenommen habe. Man dürfe die Rentabilität der Landwirtschaft nicht nach einem Jahre berechnen, sondern mindestens nach dem Durchschnitt eines Jahrzehnts, dann würden keine so große Irrtümer über ihre Einnahmen verbreitet werden. Während man heute die landwirtschaftliche Produktion mehr als je brauche, werde sie noch durch soviel Irrtümer und Fehlgriffe in der Gesetzgebung gehemmt. Im Reichstag, der jetzt 2½ Jahre bestünde, stehe die Linde der Landwirtschaft verständnislos gegenüber, die Mitte sei unzuverlässig, und nur das Häuflein der Rechten sei landwirtschaftsfreundlich. Der Bauernbund habe in erster Linie um die Befreiung von der Zwangswirtschaft gekämpft, die bei allen anderen Ständen abgeschafft worden sei. An dem Verständnis dafür, daß die Landwirtschaft der Nährstand des Volkes sei, haben es die Landwirte hinsichtlich der Produktion nie fehlen lassen. Aber die Maßnahmen auch im letzten Herbst (Nichtpreise für Kartoffeln und Obst und entsprechende politische Maßnahmen) würden die Freude an der Produktion nicht heben. Die Frage der Getreideumlage sei zu einem politischen Ruchhandel durch die Sozialdemokratie gemacht worden. Daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte so hoch seien, daran sei nicht der „Wuchergelst“ der Bauern schuldig, sondern die Bewertung unseres Geldes durch das Ausland, so daß wir in den letzten Monaten überhaupt keinen Maßstab mehr für die Preisbildung gehabt hätten. Wir sollen die Dinge ansehen, wie sie sind, und nicht wie sie sein sollten. Wenn wir unser Papiergeld in Goldmark umrechnen, dann würden wir erst sehen, wie arm wir sind, und dementsprechend müßten wir uns auch einstellen. Das sollte gerade auch hinsichtlich der Aufstellung des Reichshaushalts geschehen, an dessen Abmangel der Reichstag viel verschuldet habe. Wir hätten Ausgaben bewilligt so, als ob wir den Krieg gewonnen hätten. Es sei der Achttundentag eingeführt, Post- und Eisenbahn mit mehr als genügend Arbeits-

kräften ausgestattet worden, man habe unnötige Sozialversicherungsversuche machen wollen, man habe für Siedlungen viel Geld ausgegeben. So werde ein Defizit herauskommen, das auf 632 Milliarden berechnet werden. Auch ein Schuldenberg, dessen Durchführung gewaltige Summen erfordern würde, sei in Vorbereitung. Die Regierungen der letzten vier Jahre hätten immer noch mehr Verwirrung geschaffen. Mit der Regierung Wirth habe das Ausland Schindluder getrieben. Deshalb habe man jetzt eine überparteiliche Regierung gebildet. Aber wenn hier die Männer des Wirtschaftslebens vorherrschen, so sei zu fürchten, daß man die Dinge zu sehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus ansehe. Wir brauchen eine vernünftige klare Politik, die zuerst dafür sorgen müsse, daß man draußen in der Welt wieder mehr Achtung vor uns erhalte. Deshalb müssen wir zuerst Ordnung im eigenen Haus schaffen, aber nach außen hin dürfen wir uns auch nicht mehr alles bieten lassen. Wir hätten zwar viel durch eigene Schuld den Krieg verloren, es müsse aber doch auch gesagt werden, daß kein Volk der Welt so Ungeheures geleistet, und vier Jahre einer Welt von Feinden Stand gehalten hätte, und es sei deshalb begreiflich, wenn wir zermürbt worden seien. Dann habe uns unsere alte Schwäche, nämlich die des Nachahmens des Fremden, vollends zugrunde gerichtet, weil wir auf den Wilsonschen Schwindel hereingefallen seien, und beinahe auch das russische Beispiel des Bolschewismus nachgeahmt hätten. Jetzt müsse aber die Regierung sehr durchfahren; wenn sie erkannt habe, daß eine Maßnahme Besserung bringe, so müsse sie dieselbe auch durchführen. Das sei namentlich hinsichtlich des Achttundentages zu beachten. Der frühere Staatssekretär August Müller, ein Sozialist, habe in der Zeitschrift der Zentrale für Heimatsdienst erklärt, wir müssen mehr produzieren, wenn wir aus der Wirtschaftskrise herauskommen wollen. Aber die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft hänge nicht nur vom Kunstbäcker, sondern auch vom Wetter ab. Dagegen sei die Leistungsfähigkeit der Industrie durch Mehrarbeit zu steigern. Trotz der Vermehrung der Bergarbeiter um 40 Prozent habe sich die Kohlenproduktion um 20 Prozent gegenüber 1913 verringert. Es seien aber auch viele unproduktive Kräfte vorhanden, beispielsweise die Betriebsräte. Wer aber das Risiko und die Verantwortung habe, müsse auch den Nutzen haben. Aber nicht nur die Produktion müsse vermehrt, auch der Verbrauch, namentlich der Luxusverbrauch, müsse eingeschränkt werden in einem arm gewordenen Staat. Und doch können uns alle Maßnahmen im Innern nicht helfen, solange das Versäufeltes Diktat bestehe, solange die Rheinlande besetzt, ungeheure Sachlieferungen geleistet und gewaltige Summen deutscher Werte dadurch verschlungen werden. Das müsse man namentlich unserer städtischen Bevölkerung sagen, wenn sie kein Fleisch und keine Milch, keine Wäsche mehr kaufen könne, daß das drüben im besetzten Gebiet alles verschleudert werde. Der Redner wünschte der neuen Regierung von ganzem Herzen, daß sie es fertig bringe, die Welt über unsere furchtbare Lage, über die Lügenpolitik der Entente aufzuklären. Die Erkenntnis breche sich im deutschen Volke immer mehr Bahn, daß wir uns selbst helfen müssen, daß wir uns zusammenhängen, die Klassegegensätze überbrücken müssen, um nach außen hin aufzutreten zu können. Wir müssen uns aber auch klar werden, daß nur treue Arbeit und Pflichterfüllung unsere Verhältnisse bessern können. Wenn jeder seine Pflicht gegenüber seiner Familie, gegenüber der Gemeinde, gegenüber dem Staat erfülle, dann werden wir es auch wieder soweit bringen, daß man auf uns draußen in der Welt hört. — Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den Bericht über die Rede des Abgeordneten Dingler werden wir morgen nachtragen.

*

Sommenhardt, 28. Dezbr. Der Männergesangsverein Sommenhardt feierte am 26. Dez. (Stephanusfeiertag) abds. 7 Uhr in den vollbesetzten Räumlichkeiten des Gasthofs zum Hirch seine Weihnachtsfeier. Vorstand M. L. u. h. begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste, hieß sie herz-

lich willkommen und betonte weitergehend in seiner Ansprache, daß gerade in der heutigen traurigen Zeit eine doppelte Berechtigung und Notwendigkeit für uns bestehe, gemeinschaftlich im Kreise der Geselligkeit Weihnachtsfeier zu feiern und zwar zur Stärkung der inneren seelischen Kraft wie auch zur Pflege und Erhaltung der uns so notwendigen Harmonie u. Eintracht. In planmäßiger Ordnung widmete sich hierauf eine Reihe von abwechslungsreichen Darbietungen ab. Unter der bewährten Leitung des Dirigenten, Oberlehrer Schneider, kamen eine Reihe leichter und schwererer Männerchöre, desgleichen auch Humor und Heiterkeit entwickelnde Gedichte zum Vortrag. Große Lachsalven wurden durch die Aufführung zweier Szenen: „Dank Habakuk“ und „Heini schläft du schon?“ hervorgerufen. Alles in Allem, was geboten wurde, zeugte von einem festen Willen, der zur Unterhaltung der Feier beitragenden Mitglieder, sowie der Sänger, die entsprechend ihrem Stimmmaterial Großes geleistet haben. In der Ueberzeugung, daß sämtliche Teilnehmer auf eine wohlgeleitete Feier zurückblicken werden, sei dem Verein und seinem technischen Leiter an dieser Stelle nochmals aufrichtige Anerkennung gezollt. Daß die Gefangenspflege in Sommenhardt über dessen Grenze hinaus Interesse erweckt, beweist die Neuanmeldung zweier auswärtiger Sänger.

A. F.
Wittengstett, 28. Dezbr. Der 32jährige Bauer Karl Kömpf von hier wurde gestern von seinem Pferd auf den Bauch geschlagen, infolgedessen er nach 30 Minuten gestorben ist. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und 3 Kinder. — Die Sammlung für die Heimatenot ergab hier Geld und Naturalien im Wert von 80 000 M.

(SCB.) Weiskindorf, 28. Dezbr. Am letzten Sonntag fand hier unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft die feierliche Einweihung des Ehrenbenediktals für die 121 Gefallenen der Gemeinde statt. Architekt Hornberger übergab das nach seinem Entwurf errichtete Denkmal und Schultheiß Dreher übernahm es in die Obhut der Gemeinde mit dem Dank an die Gefallenen und mit der Aufforderung, das Andenken an diese durch treueste Pflichterfüllung zu ehren.

(SCB.) Döhlenhausen, 28. Dezbr. Die anfangs der 40er Jahre stehende Frau Baronin von Hornstein wurde im Badezimmer und die 21jährige Tochter Baroness Rosa von Hornstein in ihrem Schlafzimmer erschossen aufgefunden. Eine Gerichtskommission hat die Untersuchung sofort aufgenommen. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

(SCB.) Rottweil, 28. Dezbr. Hiesige minderbemittelte kinderreiche Familien wurden am hl. Abend durch einen seltsamen Besuch freudig überrascht. Mehrere Knaben in Begleitung eines Herrn erschienen bei ihnen, sangen vor der Wohnung einige schöne Lieder und teilten Milch, Brot, Kartoffeln und andere Gaben aus, die sie auf einem Wägelchen mit sich führten. Ohne sich zu erkennen gegeben zu haben, zogen die Wohltäter, begleitet von den Dankesworten und Segenswünschen der also Ueberraschten und Beschenkteten wieder ihrer Heimat zu.

(SCB.) Hochdorf a. N. 28. Dezbr. Während des Frühgottesdienstes am Christfest wurde in dem Uhrenwarengeschäft von Josef Wobffahrt eingebrochen und eine große Anzahl Reparaturuhren im Wert von mehreren hunderttausend Mark gestohlen. Der Dieb nahm seinen Weg durch das Abortfenster im 1. Stock und benützte dazu eine Leiter.

(SCB.) Nalen, 28. Dezbr. Lehten Samstag nachmittag verunglückte der verheiratete, 38 Jahre alte Schaffner Kappar Raas von hier auf dem Bahnhof in Schorndorf beim Rangieren so schwer, daß er alsbald tot war.

Gedenket der Heimatnotspende!

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Wie kann dir das eine Pein sein!“ rief Erhard beinahe zornig und ließ nicht ab, in sie zu dringen, bis sie endlich ausrief: „Auf meinen Knien bitte ich dich“ — und wirklich Miene machte, sich vor ihm auf den Boden zu werfen und ihn um die Zurücknahme seiner Werbung anzusehen. Er sagte sie bei den Armen, um sie daran zu verhindern, und nun entstand ein leidenschaftliches Ringen, welches damit endigte, daß er sie fest in seine Arme schloß. Ermattet ruhte sie an seiner Brust, aber sie hielt das Angeßicht abgewendet, und er vermochte keinen Blick von ihr zu gewinnen. „Dein Herz hat sich auf den ersten Blick verraten, schließ es mir nicht wieder zu!“ bat er.

Sie gab keine Antwort.

„Justine, hast du mich denn nicht lieb?“ rief er.

„Eben weil ich dich lieb habe“ — antwortete sie leise, ohne den Satz zu vollenden.

„Weil du mich lieb hast, schißt du mich von dir fort?“ sagte er kopfschüttelnd. „Die Ruß kann ich nicht aufknaden.“

Da sie abermals in ihrem Schweigen verharrte, so fuhr er fort: „Du begehst eine Schlichtigkeit an dir und mir, wenn du mir dein Herz nicht öffnest.“

„Nein“, antwortete sie, „eine Schlichtigkeit wäre es, wollte ich dir angehören, so wie ich bin.“

„Ich lasse dich nicht!“ rief er.

„Es kann nicht sein!“ stammelte sie mit einer Stimme, welcher der Atem auszugehen drohte.

„Warum nicht?“ rief er.

„Weil ich deiner nicht wert bin!“ antwortete sie mit dem Tone der Verzweiflung, indem sie sich loszureißen suchte.

Er lachte überlaut und hielt sie in seinen Armen fest. „Das ist mir eine neue Sitt!“ sagte er. „Sich selbst einschätzen gilt nirgends im Handel und Wandel. Was du wert bist, habe ich zu bestimmen. So ist der Brauch! Ein anderes wäre es, wenn du mir mit der Redensart hättest zu verstehen geben wollen, du scheuest dich vor dem armeneligen Mammon, den ich dir mitbringe; aber das glaube ich nicht von dir.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Wie kannst du auf den Einfall kommen, du seiest meiner nicht wert?“ hob er wieder an, fort und fort in ihre Verschlossenheit hineinstürmend. „Was sind das für Weiberläusen? Wer dich hört, sollte wahrhaftig meinen, du habest wunder was auf dem Gewissen.“

„Du hast es getroffen“, sagte sie leise, und ihr Kopf sank tiefer hinab.

Er trat bestürzt zurück, aber ohne sie loszulassen. „Ist es dein Ernst?“ fragte er, durch ihr Benehmen ein wenig in Verwirrung gebracht. „Es kann nicht sein!“

Statt der Antwort suchte sie sich von ihm zu befreien; aber er ließ sie nicht. Ihr Kopf sank noch tiefer über seine Schultern, und er hatte Mühe, sie zu halten, so schwer lag sie in seinem starken Arm.

Er überwand die Bangigkeit, die in seinem Herzen aufsteigen wollte, denn der festeste Glauben an den inneren Wert des Mädchens, das er unter seinen Augen hatte aufwachsen sehen, besiegte jedes Bedenken. „Justine“, sagte er, „ich würde vergeblich herumraten, aber das weiß ich gewiß, daß du nichts getan haben kannst, was dir nicht zu verzeihen wäre. Der Mensch kommt selten gerade und eben durch die Welt, aber wie viel ihm dabei anzurechnen ist, das hängt von den Umständen ab. Was es auch sein mag, mein Wort habe ich dir gegeben, und dabei bleibe ich. Versteht mich wohl, ich sage: was es auch sein mag!“

Sie richtete sich auf und verbarg das Gesicht an seiner Brust. „Noch einen Augenblick“, sagte sie, „laß mich hier liegen, und dann will ich von dir gehen, denn du hast leichtsinnig in den Tag hinein versprochen.“

„Du machst das Ding so arg, daß man Angst bekommen könnte“, erwiderte er. „Wohl, so will ich eins ausnehmen, obwohl es zum Lachen ist, bei dir an dergleichen zu denken, aber eben darum verschlägt es ja nichts. Den Fall einer Mordtat will ich ausnehmen, und zwar bloß um deswillen, weil du mit einer solchen Last auf dem Herzen weder in dir noch bei mir Ruhe hättest, bis sie abgebußt wäre, und dann wären wir ja doch getrennt. Denn der Mensch kommt über vieles weg, aber so etwas überwindet er nicht, und auf meinen Reisen habe ich sogar einmal erlebt, daß eine sonst rohe und verwahrloste Landstreicherin, die ihr Kind ausgezehrt hatte, sich selbst beim Richter angab, weil sie die Gewissenspein nicht ertragen konnte. Aber, wie gesagt, es ist zum Lachen.“

Er wollte weiter reden, als Justine in seinen Armen zusammensinkend sich gewaltsam losriß, die Hände vor das Gesicht schlug und mit einem dumpfen Schrei in den Stuhl fiel. Erhard erschrak, wie wenn er vom Blitze getroffen wäre, denn dieses auffallende Gebaren unmittelbar auf die Anführung einer solchen Beispiels hin, schien ein fürchtbares Geständnis einzuschließen.

„Justine!“ rief er angstvoll, „es ist nicht möglich!“

„Ja, ja!“ rief sie unter den bedeckenden Händen hervor. „Barmherziger Gott!“ rief er. „Du — ein Kind ausgezehrt?“

Sie gab keine Antwort, aber ihre Atemzüge folgten sich so rasch, daß er fürchten mußte, sie werde ersticken.

(Fortsetzung folgt.)

